

Düsseldorf, 5. März 2025

## **Klare Prioritäten für einen neuen Aufbruch!**

### **Forderungen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft an eine neue Bundesregierung**

Selten war die Wirtschaftslage in Deutschland so ernst wie heute: Rezession seit zwei Jahren statt Wirtschaftswachstum wie im Rest der Welt, öffentliche und private Investitionen im Rückwärtsgang, eine massiv schrumpfende Industrieproduktion sowie Arbeitsplatzverluste insbesondere im verarbeitenden Gewerbe. Kurz: Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat ein massives Wettbewerbsfähigkeitsproblem und verliert deshalb immer mehr an Attraktivität. Mehr noch: Das Geschäftsmodell Deutschland mit seiner starken Industrie, das seit Jahrzehnten für Wohlstand und Arbeitsplätze sorgt, steht inzwischen auf dem Spiel.

Gerade Nordrhein-Westfalen mit seinen energieintensiven Industrien und bis heute vollständigen industriellen Wertschöpfungsketten steht besonders unter Druck. Unser Land ist an einer entscheidenden Wegmarke angekommen: Bleiben wir ein starkes und wettbewerbsfähiges Industrieland oder hat der Industriestandort Nordrhein-Westfalen keine Zukunft mehr? Die Antwort sollte klar sein: Die Weichen müssen jetzt hin zum Erhalt einer starken Industrie gestellt werden. Denn alles andere hätte gravierende Auswirkungen auch auf viele andere Bereiche unseres Wirtschaftslebens bis weit ins Handwerk und den Dienstleistungsbereich hinein.

Gewiss: Die Ausgangslage für eine neue Bundesregierung ist keineswegs leicht. Aber: Sie hat es selbst in der Hand, die Lage entscheidend zu verbessern und unseren Standort wieder zurück zu wirtschaftlicher Stärke zu führen. Mit entschlossenem Handeln, mutigen Reformen und einem klaren wirtschaftspolitischen Kompass kann sie einen neuen Aufbruch hin zu Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand schaffen. Das erwarten die Menschen im Land, für die die Wirtschaftslage ein Top-Thema bei der Bundestagswahl war. Und das erwarten die Betriebe, die den wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf bereits seit langem eindringlich einfordern.

Machen wir uns nichts vor: Frieden, Freiheit, Demokratie, Zusammenhalt und Wohlstand in unserem Land sind bedroht wie selten zuvor. Es ist jetzt nicht die Zeit für alte politische Rituale und kleinste gemeinsame Nenner. Ein „Weiter so“ wäre fatal. Deutschland braucht jetzt eine Regierung, die andere Antworten findet und klare Prioritäten setzt - für einen neuen Aufbruch!

## Worauf es jetzt ankommt

Unsere Betriebe wollen investieren, innovativ sein und Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen – hier an ihren Standorten in Nordrhein-Westfalen. Dafür brauchen sie einen wirtschaftspolitischen Aufbruch. Den muss eine neue Bundesregierung nun herbeiführen.

Dafür kommt es darauf an, dass die neue Bundesregierung...

- **die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts in den Mittelpunkt rückt.** Denn nur mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft kann der Wohlstand gesichert sowie soziale, innere und äußere Sicherheit finanziert werden.
- **einen wirtschaftspolitischen Kurs- und Mentalitätswechsel vollzieht.** Denn es braucht mehr, als eine kleine Stellschraube hier zu bewegen oder ein paar Millimeter dort nachzjustieren.
- **auf Vertrauen und Gestaltungsspielräume setzt statt auf Misstrauen und Regulierung.** Denn wir haben Unternehmen, die verantwortungsvoll handeln, und einen Staat, der eben nicht alles besser kann.
- **die Soziale Marktwirtschaft ernst nimmt.** Denn wir brauchen einen leistungsfähigen Sozialstaat und gleichzeitig auch marktwirtschaftlichen Wettbewerb – beides muss in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.
- **mehr Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft einfordert.** Denn eine Wirtschaftswende gelingt nur mit einem Bewusstseinswandel der Menschen hin zu einer wettbewerbsfähigen und auch wettbewerbsbereiten Gesellschaft.
- **alles unternimmt, was Wirtschaft entlastet, und unterlässt, was Wirtschaft belastet.** Denn zu lange war ein Belastungsmoratorium nur Lippenbekenntnis. Gleichzeitig erdrücken die Lasten (finanziell wie bürokratisch) die Betriebe.
- **das Erwirtschaften vor das Verteilen stellt.** Denn zu lange wurde unser Wohlstand als selbstverständlich genommen und zudem der Fokus zu stark auf das Verteilen und zu wenig auf die arbeitenden Menschen gerichtet.
- **in der Transformation auf Technologieoffenheit statt auf Verbote setzt.** Denn für erfolgreiche Innovationen braucht es den Wettbewerb um die tatsächlich besten, nicht die politisch gewünschten Lösungen.
- **der zentralen Bedeutung des Mittelstands bei allen Vorhaben Rechnung trägt.** Denn der Mittelstand steht für den ganz überwiegenden Teil der Betriebe, der Arbeits- und Ausbildungsplätze in unserem Land.
- **schnell für spürbare Veränderungen hin zum Besseren sorgt.** Denn nur so wird Politik wieder das Vertrauen der Menschen und Betriebe zurückgewinnen und letztlich auch unser politisches und gesellschaftliches Modell gestärkt.
- **mit Mut und Ehrgeiz handelt.** Denn wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Ankündigungen müssen konkrete Taten folgen – und nicht immer neue Bündnisse, Kommissionen oder Konferenzen.
- **klare Prioritäten setzt und diese auch konsequent umsetzt.** Denn Politik hat sich viel zu lange mit Nebensächlichkeiten beschäftigt, statt das dringend Notwendige anzugehen.

## Jetzt handeln: 7 Prioritäten für mehr Wettbewerbsfähigkeit

Es braucht viel, um den Standort Deutschland wieder flott zu machen. Gleichzeitig gibt es große Hebel, die wesentlich zu diesem Ziel beitragen. Auf diese großen Hebel muss sich die neue Bundesregierung konzentrieren und sie zu ihren Prioritäten machen.

### 1. Führung für ein starkes Europa übernehmen

Wir brauchen ein starkes Europa, um in einer zunehmend ruppigen und unübersichtlichen Welt zu bestehen. Wir brauchen ein starkes Europa für unseren Wohlstand. Allein in Nordrhein-Westfalen hängen rund ein Fünftel der gesamten Wertschöpfung und 1,7 Millionen Arbeitsplätze an den EU-Exporten.

*Was jetzt zu tun ist:* Die Bundesregierung muss eine aktive Führungs- und Gestaltungsrolle in Europa übernehmen. Enthaltungen mangels einer Position darf es nicht geben, eine frühzeitige ressortübergreifende Positionierung ist Pflicht. Im Ministerrat sollte Deutschland immer auch auf Ministerebene präsent sein. Deutschland muss einfordern und unterstützen, dass mit Deregulierung und Bürokratieabbau endlich Ernst gemacht wird, etwa durch Reduzierung der EU-Berichtspflichten um mindestens 25 Prozent. Für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas kommt es zudem auf eine Vertiefung des Binnenmarktes und eine neue Freihandelsdynamik an. Die Bundesregierung sollte sich selbst verpflichten, sich bei der Umsetzung von EU-Vorgaben an die 1:1-Regel zu halten – „Gold Plating“ muss der Vergangenheit angehören.

### 2. Energiepreise senken – Energieversorgung sichern

Wir brauchen Energiepreise, mit denen unsere Betriebe endlich wieder im internationalen Wettbewerb bestehen können. Und wir brauchen eine Energieversorgung, die auch in Zukunft zu jeder Sekunde garantiert funktioniert. Gerade Nordrhein-Westfalen mit seinen vielen energieintensiven Industrien ist auf beides dringend angewiesen.

*Was jetzt zu tun ist:* Unsere heimische Industrie kann nicht warten, bis der Ausbau der Erneuerbaren so schnell und weit vorankommt, dass dieser endlich zu sinkenden Energiepreisen führt. Jetzt brauchen wir daher ein wirksames Instrument, das einen Strompreis von 6 Cent für die energieintensiven Industrien bis tief in den Mittelstand gewährleistet. Andernfalls verlieren wir große Teile unserer industriellen Basis. Für Entlastungen in der Breite braucht es schnell eine Senkung der Netzentgelte auf 3 Cent und eine Begrenzung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß. Gleichzeitig kommt es auf die Verlässlichkeit der Energieversorgung an – uns darf nicht „der Saft“ ausgehen. Dafür braucht es: Rekordtempo beim Ausbau der Erneuerbaren, den schnellen Ausbau von Stromnetzen und -speichern, die schnellstmögliche Planung und Bau von Back-Up-Kraftwerken sowie eine breite Umsetzung von Wasserstoffprojekten.

### 3. Steuer- und Abgabenlast reduzieren – Sozialstaat zukunftsfähig machen

Wir brauchen ein Steuerniveau, das uns international wettbewerbsfähiger macht. Wir brauchen eine Abgabenquote, mit der sich Arbeit für die Menschen lohnt und Arbeitskosten für die Betriebe bezahlbar bleiben. Und wir brauchen Strukturreformen, mit denen der Sozialstaat wieder zukunftsfester wird. Heute hat Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalen im internationalen Vergleich eine überdurchschnittliche und viel zu hohe Steuer- und Abgabenlast.

*Was jetzt zu tun ist:* Zwei konkrete Zielmarken muss die Bundesregierung verbindlich vereinbaren und schnell umsetzen: Zum einen muss es für die Sozialversicherungsbeiträge ein Stoppschild bei einer Obergrenze von 40 Prozent geben. Denn das hieße nicht nur Entlastungen für die Betriebe, sondern auch mehr Netto vom Brutto für die Menschen. Hierfür muss die neue Bundesregierung endlich Mut und Kraft zu echten Strukturreformen mit klaren Ausgabenbegrenzungen in allen Zweigen der Sozialversicherung aufbringen. Dies reicht von A wie Abschaffung der sog. „Rente mit 63“ bis Z wie Zukunftsfähigkeit durch Anpassung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung. Nur mit Strukturreformen wie diesen wird der Sozialstaat letztlich finanzierbar und damit zukunftsfähig bleiben. Für die Grundsicherung muss wieder klar gelten: „Fördern und Fordern“ – das ist nur fair gegenüber den arbeitenden Menschen im Land. Zum anderen muss die neue Bundesregierung die Steuerbelastung von Unternehmen auf das international wettbewerbsfähige Niveau von maximal 25 Prozent senken. Ein erster Schritt dorthin ist die überfällige Abschaffung des Solidaritätszuschlags, der gerade für kleine Betriebe eine schwere Last ist.

### 4. Infrastruktur modernisieren und ausbauen

Wir brauchen eine Infrastruktur, die modern ist, zu den Bedarfen der Unternehmen passt und wirtschaftliches Handeln unterstützt, nicht ausbremst. Gerade Nordrhein-Westfalen als Flächenland und Logistikkreuzung im Herzen Europas ist darauf angewiesen – gerade auch im ländlichen Raum, in dem viele Hidden Champions ihren Sitz haben.

*Was jetzt zu tun ist:* Die neue Bundesregierung muss eine Infrastrukturoffensive starten. Denn jede hinausgezögerte Brückensanierung, jede baufällige Schleuse, jede verspätete Maßnahme im Bereich Schiene und jede fehlende Netzanbindung schwächt unseren Standort. Das heißt: Mehr Geld für Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastruktur. Die bisherige Politik nach Kassenlage muss ein Ende haben und stattdessen Planungssicherheit geschaffen werden. Aber es ist nicht allein das Geld: Gerade hier kann und muss durch Bürokratieabbau, schnelle Verfahren und Innovationen Tempo gemacht werden. Bei den Verkehrswegen, insbesondere im Straßenbau, muss das Prinzip „Erhalt und Ausbau“ gelten. Und die Mobilitätswende wird nur gelingen, wenn auch die E-Ladeinfrastruktur schneller vorankommt – bis hin zur LKW-Ladeinfrastruktur an den wichtigsten Verkehrsachsen.

## 5. Schuldenbremse erhalten – Investitionen priorisieren

Wir brauchen eine solide, sparsame Haushaltspolitik, um Handlungsspielräume künftiger Generationen zu sichern. Wir brauchen gleichzeitig immense Mittel für Investitionen in die Verteidigung und für die Infrastruktur. Gerade Nordrhein-Westfalen weiß, wie belastend eine langjährige Schuldenpolitik und fehlende Investitionen in Zukunftsthemen sind.

*Was jetzt zu tun ist:* Die Schuldenbremse muss beibehalten werden. Die Bundesregierung muss bei Amtsantritt einen Kassensturz machen mit einer konsequenten Überprüfung konsumtiver Ausgaben und gleichzeitig zu einer echten Priorisierung öffentlicher Aufgaben finden. Zu einer soliden Haushaltspolitik gehört auch, nicht auf lenkende Subventionen für politisch Gewünschtes zu setzen, sondern gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu schaffen und Strukturreformen vorzunehmen. Unter der Voraussetzung, dass eine effizientere öffentliche Mittelverwendung sichergestellt, Strukturreformen angegangen, konsumtive Ausgaben begrenzt und investive Ausgaben priorisiert werden, können zusätzlich – inhaltlich und zeitlich präzise definierte – Sondervermögen notwendige Investitionen für Verteidigung und Infrastruktur sicherstellen.

## 6. Bürokratie abbauen – Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Wir brauchen in unseren Betrieben mehr Luft zum Atmen, um die Ressourcen für das eigentliche „Unternehmen“ einsetzen zu können. Wir brauchen Planungs- und Genehmigungsverfahren, die als Innovationstreiber wirken und nicht als Innovationshemmnis bremsen. Gerade Nordrhein-Westfalen wird die enormen Aufgaben der Transformation nur mit effizienten Verfahren und weniger Bürokratie bewältigen können.

*Was jetzt zu tun ist:* Mit dem Bürokratieabbau muss endlich Ernst gemacht werden – weg von homöopathischen Dosen hin zu spürbaren Maßnahmen, die bei den Unternehmen in der Breite ankommen. An konkreten Vorschlägen mangelt es nicht: Die Wirtschaft hat mehr als 400 Maßnahmen für den Bürokratieabbau vorgeschlagen. Ein erstes Signal für Ernsthaftigkeit an dieser Stelle wäre die sofortige Aussetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes bei Amtsantritt. Die „One-in-Two-Out“-Regel gilt es einzuführen, damit endlich ein Netto-Bürokratie-Abbau stattfindet. Auch für die Besetzung von Stellen in der Bundesverwaltung muss diese Regel gelten, damit der eklatante Stellenaufwuchs der vergangenen Jahre dort nicht nur ein Ende hat, sondern ein Stellenabbau erfolgt. Auch das Arbeitsrecht bedarf einer weitreichenden Deregulierung – vor allem sollte die starre tägliche einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit weichen für mehr Flexibilität für Betriebe wie für Arbeitnehmer. Mit dem „Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren“ gibt es bereits eine erste konkrete Vereinbarung zwischen Bund und Ländern. Auch hier gilt: Schnell, konsequent und ohne Abstriche umsetzen! Wichtig dabei: Genehmigungsverfahren müssen für alle Branchen beschleunigt werden – keine Zwei-Klassen-Gesellschaft, sondern mehr Tempo für alle!

## 7. Tarifautonomie wahren

Wir brauchen mehr Vertrauen der Politik in die Gestaltungskraft der Sozialpartner, denn sie sind nicht nur ein wesentlicher Erfolgsfaktor unserer Sozialen Marktwirtschaft, sondern auch eine zentrale Säule für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir brauchen eine Achtung der Tarifautonomie, da deren Aushöhlen die Tarifbindung massiv schwächt. Gerade in Nordrhein-Westfalen hat die starke Sozialpartnerschaft eine lange Tradition.

*Was jetzt zu tun ist:* Der gesetzliche Mindestlohn darf nicht weiter politischer Spielball in Wahlkampfzeiten sein. Die Bundesregierung muss verbindlich festlegen, dass die Mindestlohnkommission den Mindestlohn festsetzt. Politische Einflussnahme hat strikt zu unterbleiben. Alles andere gefährdet die Tarifautonomie. Im Übrigen wäre ein Mindestlohn von 15 Euro einfach nur falsch. Er hätte Einfluss auf das gesamte Tarifgefüge, denn wer beim Einstieg zu stark erhöht, verschiebt faktisch das komplette Tarifgitter. Und wer die Eingangshürde in den Arbeitsmarkt erhöht, senkt die Chancen gerade für Personen mit Vermittlungshemmnissen – eine höhere Arbeitslosigkeit wäre die Folge. Klar muss auch sein: Ein Tariftreugesetz erhöht nicht, sondern mindert langfristig die Tarifbindung. Zudem schafft es unnötige Bürokratie und verkompliziert Vergabeverfahren – beides ist kontraproduktiv, nicht nur in schwierigen Zeiten wie diesen. Die Stärkung der Tarifbindung muss vielmehr vornehmste Aufgabe der Tarifpartner bleiben, durch moderne und attraktive Tarifregelungen.